

19.11.2019

Antrag

der Fraktion der SPD

Schluss mit Mini-Mindestlohn - Arbeitsminister Laumann (CDU) hat gelernt – Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) fordert höheren Mindestlohn!

I. Ausgangslage

Seit über fünf Jahren gibt es in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn. Dafür haben die SPD und die Gewerkschaften viele Jahre gemeinsam gekämpft. Vom gesetzlichen Mindestlohn profitieren Viele und nicht nur Wenige. Die ersten fünf Jahre belegen ganz klar, dass der Mindestlohn ein voller Erfolg ist! Millionen von Beschäftigten profitieren von der gesetzlichen Lohnuntergrenze. Der Mindestlohn ist gesellschaftlich akzeptiert. Der Weg dorthin war jedoch ein steiniger. Insbesondere aus Reihen der Union, FDP und Wirtschaftsverbänden wurde massiv gegen die Einführung des Mindestlohns gekämpft und der volkswirtschaftliche Untergang Deutschlands herbeibeschworen. Fünf Jahre Erfolgsgeschichte Mindestlohn zeigen aber, dass die Horrorszenarien der Mindestlohn-Gegner nicht eingetreten sind. Im Gegenteil: Ausweislich eines Presseartikels in der Bild-Zeitung vom 8. November 2019 („Schluss mit Mini-Mindestlohn“, siehe auch <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/cdu-politiker-fordert-schluss-mit-mini-mindestlohn-65893262.bild.html>) hat die Union offenbar ein wenig dazu gelernt. Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) fordert in dem Artikel in seiner Funktion als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) eine deutliche Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. In der Bild-Zeitung wird der Arbeitsminister wie folgt zitiert: „Die Entwicklung des Mindestlohn ist eine Riesen-Enttäuschung. 69 Cent in 5 Jahren, das ist beschämend. Wer jeden Tag schuftet geht, hat mehr als 9,19 Euro die Stunde verdient. Der Mindestlohn hat keine Jobs gekostet. Das zeigt doch: Da gibt's deutlich größere Spielräume zur Erhöhung!“ Damit unterstützt der Arbeitsminister eine zentrale Forderung der SPD, den Mindestlohn zu erhöhen. Es ist daher spannend zu erfahren, welche konkreten Schritte die Landesregierung aus CDU und FDP nun gehen wird, um die vom Arbeitsminister eingeforderte Mindestloohnerhöhung umzusetzen.

Datum des Originals: 19.11.2019/Ausgegeben: 19.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

II. Der Landtag stellt fest:

- Den Vielen und nicht den Wenigen hat der gesetzliche Mindestlohn geholfen, ihre Einkommen deutlich zu erhöhen.
- Er hat den privaten Konsum angekurbelt, zum aktuellen Aufschwung beigetragen und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung massiv erhöht. Die Unkenrufe von Arbeitgebern, Wirtschaftsforschern und aus Union und FDP, es werde zu Arbeitsplatzverlusten führen, haben sich nicht bestätigt.
- Der derzeitige Mindestlohn ist aber weiterhin ein Niedriglohn. Deswegen ist klar, dass ein Mindestlohn nur eine untere Haltelinie sein kann. Der Mindestlohn muss deshalb auf ein Niveau von mindestens 12 Euro angehoben werden.
- Klar ist aber auch, dass gute und möglichst umfassend geltende Tarifverträge für Beschäftigte das wichtigste Instrument zur Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen bleibe. Auch ein armutsfester Mindestlohn darf nicht zur Regel bei der Beschäftigung werden. Die Tarifbindung muss deshalb wieder deutlich gestärkt werden.
- Derzeit bieten nicht erfasste Überstunden, ungerechtfertigte Lohnabzüge und andere Tricksereien die Möglichkeit, faktisch unterhalb des Mindestlohnes zu entlohnen. Die Einhaltung des ausnahmslosen Mindestlohns muss deshalb durch umfassende Kontrolle und konsequente Ahndung von Verstößen gewährleistet werden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- sich auf Bundesebene für eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohnes auf mindestens 12 Euro einzusetzen. Bei allen dafür notwendigen Schritten sind die Gewerkschaften als unverzichtbarer Partner zwingend mit einzubinden.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Josef Neumann

und Fraktion